

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Ulmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verkaufsgewinne: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 15.25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 16.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 48.— mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. **Verkaufsstelle:** Post Dresden Nr. 1331. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsleistungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Abbestellungspreis:** Die Spezialisten Grundrente (Zim. Maß 14) oder deren Raum 3.50 Mk., Brüche Anlagen 3.— Mk. Im Tagblatt (Zim. Maß 14) 10.— Mk. die Spezialisten Seite. Bei Wiederholungen nach feststehenden Sätzen. — Umwische Anlagen die Spezialisten Seite 7.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 131. Donnerstag, den 8. Juni 1922. 76. Jahrgang.

Der Weg in den Schatten.

Von Otto Riecke, Berlin.

Als wir Waffenstillstand forderten, da war der Krieg noch nicht verloren für uns.

Er wäre immer noch Sieg gewesen, denn wir wollten ja nichts erobert, sondern wir hatten uns verteidigt, und auch der Feind stand am Ende seiner Kraft, wenn man unter dieser Kraft versteht, was sie bedeutet: die Seelenverfassung der Soldaten, darum konnten wir ein Waffenstillstandsangebot wagen.

Statt daß uns aber Männer gegeben waren, die uns in jeder Stunde des Tages zuriefen: „Frage die kleine Rat der Boden — und du sparst die unerfährliche Rat für alle Seiten!“ — statt, daß wir erkannten, es geht um Biegen oder Brechen... standen Unverantwortliche am 9. November auf, überrumpelten Heer, Diplomatie, Bürgertum und Arbeiterschaft und zerschlugen alles.

Da war der Krieg für uns verloren. Und nicht nur der Krieg, für lange, lange auch der Friede.

Die Deutsche Republik ist nur unter dem Einfluß allgemeiner Ermattung ausgesprochen worden, nicht aber als Verkörperung einer tatsächlichen sozialistischen Volksgemeinschaft.

Denn die tatsächliche sozialistische Volksgemeinschaft hätte sich in einem vor allem zeigen müssen: daß sie keinen, weder den einzelnen, noch das Volksganze entprechenden Frieden anmahnt.

Dadurch, daß das Volk nicht in seiner großen Mehrzahl gegen jeden Gewaltfrieden auftrat, ist erwiesen, daß es gänzlich ermattet war und die Revolution gleichgültig hinnahm, nur um dadurch äußerlich ein Mittel für den Frieden auf jeden Fall zu gewinnen.

Daß eine Umwälzung kommen würde, das war uns Soldaten an der Front — dem Kern des Volkes also — bewußt. Wir glaubten aber an eine deutsche Revolution, die reinigend über die Unfähigkeit unseres Volkes dahingegen würde, und niemand dachte auch nur einen Augenblick lang daran, daß die Umwälzung sich einen Zeitpunkt und eine Form wählen könnte, die so vernichtend auswirken müßten, wie dieser 9. November.

Die Revolution des 9. November ist nicht die deutsche Revolution, die sich im Frontgeiste vorbereitet hatte, die ausgetragen werden sollte, wenn wir Frieden hätten und zur Arbeit zurückgekehrt wären. Sie ist der fehlergeschlagene Versuch einer Weltrevolution, Deutschland ihr Versuchsojekt.

Die Bewegung der Massen hatten das psychische Element ihrer Scharen völlig unterschätzt. Die deutschen Massen hingen, sie waren ausgemergelt und litten nach Brot. „Revolution“ — das bedeutete in ihrer Sprache „Brot“. Und als das nicht kam, als auch ein ebertinisches Deutschland in dieser Hauptfrage und Grundfrage der Masse nur die Lösung des kollektiven Deutschlands „Wir müssen warten“ fand — da wuchsen neue Forderungen hysterisch aus der Revolution, Forderungen, die sich vom Sozialistischen zum Wahnsinnigen schraubten und damit Illusionspolitik und Wahnsinnspolitik schufen.

Die Wahnsinnspolitik hielt die Massen in den Großstädten in Bewegung, sie forderte täglich neues und täglich anderes. Illusionen genügte nicht mehr, man wollte Politik handgreiflich sehen und setzte deshalb in Taten um, was sich — auch gegen den Menschenverstand — nur in irgendeiner Tat umsetzen ließ. Dabei nahm man nicht etwa irgendwelche Rücksicht, man ließ Tausende und aber Tausende verderben und verhorren, um hunderttausend diese „Tat“ zu zeigen.

Während Illusionspolitik herrschte in der Hoffnung, anderes aufzubauen, zerstört Wahnsinnspolitik nur, um zu vernichten. Vernichtung ist Selbstmord, „Recht“ ist nur das, was keine Pflicht nach sich zieht.

Vom Streik der Arbeiter hat uns der Weg über den Streit der Privatangestellten, der Beamten, der Kommunalbeamten zum Streit der Reichsbeamten geführt. In Hunderttausenden jaht man Phantomen nach, Dinge, die wenn man sie hat, wie Seifenblasen zerplatzen, weil es ein Unding ist, immer nur Geld zu geben, ohne Geld zu schaffen.

Denn das Geld ist überall der treibende Faktor, mag er bezeichnet werden wie er will.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgendeine Regierung, auch wenn sie zulagt und immer wieder zulagt, erfüllen kann, was gefordert wird. Eben einfach deshalb nicht, weil das Geld fehlt. Darum ist es ganz selbstverständlich, daß über kurz oder lang — vielleicht nach weiteren Forderungen und weiteren Erfüllungen — ein Erwachen stattfindet, wie es sich jetzt schon darin andeutet, daß sich nach jeder neuen Lohn- oder Gehaltsaufbesserung Stimmen der Richtung mehrten, daß alles das doch gar keinen Zweck habe, wenn die Mehrausgaben den Preis aller Dinge nach oben drängen.

Es geht über den Verstand, glauben zu müssen, daß sich immer der Streikenden den Kontens eines Streifens kann

macht. Man spricht von allen möglichen „Rechten“, die man „erwerben“ will, und erhebt nicht, daß ein Recht immer nur auf Pflichten beruhen kann, und daß gerade in Revolutionszeiten nicht die Rechte vor den Pflichten, sondern die Pflichten vor den Rechten stehen.

Recht Mensch kann zu Recht oder gar zu Forderung kommen, der nicht durch Pflicht in seinem Gewissen „pervertiert“ ist. Die einfachste — ich möchte sagen: die instinktmäßige — Begründung eines Menschen ist die: für sich (und damit für den Staat) zu arbeiten.

Der fruchtbarste Boden für alle diese Streits wurde geschaffen, als man in der Kriegswirtschaft den Idealismus dem Materialismus parallel setzte. Während man von der Front die Opfer des Todes, die Opfer der Wunden, die Opfer ungeheurer Seelenqualen als „heilige Pflicht zum Vaterlande“ verlangte, schaute man sich nicht, die von jeder Gefahr weit entfernte Arbeiterschaft der Heimat mit Geld aufzumuntern und ihre Leistungen den noch ebenso als „heilige Pflicht“ zu preisen.

Das Wort „Heimatkämpfer“, durch das man transportiert verlor, diesem großen Materialismus eine moralische Tüchle zu geben, hat die Front brauchen mehr ersehnt, als das schwache Zusammenhalten: es hat die hohe Gültigkeitsauffassung des deutschen Volkes umgeworfen. Entweder mußte unter Volk bis zum Einzelnen vom Idealismus, aber durch und durch vom Materialismus erfüllt sein. Die Gegenüberstellung einer idealistischen Front und einer materialistischen Heimat aber mußte zum Zusammenbruch der idealistischen Front führen. Für diesen Einbruch braucht man nur die Überlegung, daß draußen unsere tüchtigsten Männer Ungehobenes erdulden und erdulden, während drinnen Menschen „weiter Klasse“ Reichthum sammeln und in Schlemmerei leben.

Erkennen wir so, worin die Wurzel aller Streits gebettet war, dann wird es uns nicht schwer fallen, auch die Wurzel selbst zu finden. Dadurch, daß man begann, in der Heimat weit Geringeres mit unangehendem Gelde zu bezahlen, als das, was man für die Front zum mit dem Sloganwort von der „Pflicht zum Vaterlande“ abtat, legte man den Wurzelstein.

Man bezahlte ja die Arbeit gar nicht mehr als Ding an sich, sondern nur als Mittel, sich Geld zu verschaffen. Das heißt: statt durch den Arbeitsverdienst Lebensunterhalt zu bieten, begann man als Verdienst erst das zu rechnen, was nach Abzug des Lebensunterhaltes übrigblieb.

Man lehrte also: Arbeit nicht um der Arbeit selbst willen, aber gar für dein Vaterland, sondern arbeite, damit du recht viel Geld erhältst. Dadurch trat die Entfremdung der Arbeit und, eng verbunden damit, die völlige Entwertung des Geldes ein: Die Wurzel aller Streits.

Der Geldwandel, das wahnwitzige Wettrennen, etwas zu erhalten, um es wieder fortzuschleudern, hat alle Begriffe in diesen Geschäftswinkel eingestülpt, es ließ sich ermöglichen, was man fordert.

Es scheint fast, als habe man überhaupt kein Verständnis mehr. Nicht einmal für den einfachsten Grundsatz, daß aus einem Nichts auch nichts werden kann. Während man sich in seinen Forderungen das Chaos zunähe macht, erkennt man andererseits für die Unmöglichkeit der Erfüllungen dieses Chaos nicht an.

Wirtschaftskämpfe an sich sind gesund und für das Volksganze gesundlich. Wenn sie aber zur Illusionspolitik werden, wie heute — da alles dies doch nur eine Umstellung innerhalb der Unmöglichkeit hervorzurufen kann —, sind sie nur eine Stufe tiefer zur Hungersnot und zum großen Aussterben.

Soll das nicht unter Weg sein, dann müssen wir endlich in allem unsere Rechte hinter unsere Pflichten setzen!

Die Anleihefrage.

Der sogenannte Morgan-Kausch hat sich über Pfingsten verlagert. Es ist tatsächlich nicht gelungen, in der Anleihefrage zu irgend einer Verständigung zu kommen. Der Grund ist, daß Frankreich sich weigert, irgendwelche Zugeständnisse in der Entschuldigungsfrage zu machen. Frankreich will zwar Geld, aber es will nicht dulden, daß gleichzeitig oder als Voraussetzung zu etwas wie eine Gemeinschaft der Völker hergestellt wird. Auch bei dieser Gelegenheit hat sich wieder gezeigt, daß es der Imperialismus Frankreichs ist, der eine dauernde Gefahr für Europa bedeutet. Die Vertreter der Hochfinanz, die im Morgan-Kausch liegen, sind nicht im Geringsten verdächtig, Deutschland einen Vorteil zuzuwenden. Sie behandeln das Anleiheproblem nur von der rein geschäftlichen Seite. Deutschland braucht eine internationale Anleihe, um nicht nur die fälligen Zahlungen zu decken, sondern auch um Mittel zu erhalten, Rohstoffe im Ausland zu kaufen. Der Weltmarkt wird für die Zeit

ung einer Anleihe nur dann zu haben sein, wenn die Anleihe und der Zinsendienst unbedingt gesichert wird. Diese Sicherheiten kann Deutschland nur selbst bieten. Dazu ist es nicht in der Lage, so lange es in den Fesseln des Verzuges liegt, so lange Zwangsmaßnahmen drohen, die die Wirtschaft schwer erschüttern müssen. Von einer großen Anleihe kann überhaupt keine Rede mehr sein, da Frankreich jede Herabsetzung der Wiederherstellungssumme ablehnt. Wincars hat am Pfingstsonntag in Verdun wieder einmal die hundertfach widerlegte Behauptung aufgestellt, daß Deutschland sich auf Kosten Frankreichs bereichern. Wer so denkt und spricht, hat nicht die Pflicht und nicht den Willen, es zu einer Verständigung kommen zu lassen. Kennzeichnend ist es, daß die sensationelle Presse trotzdem hofft, daß die Vereinigten Staaten und die Neutrofen wenigstens eine kleine Anleihe aufbringen würden. Frankreich gibt damit zu, daß Deutschland die Zahlungen und Leistungen nicht mehr aus eigener Kraft fortsetzen kann. Wenn auch eine „kleine Anleihe“ ist nur dann zu erhalten, wenn der Zinsendienst unbedingt gesichert ist. Deutschland vermag keinerlei Bürgschaften hierfür zu geben, solange es in dem Zwangszustand des Versailles Vertrages liegt. Die Kosten auch einer „kleinen Anleihe“ sind verhältnismäßig hoch. So hat Jugoslawien eine Anleihe um 100 Millionen Dollar nur zu einem Kurs von 66%, und einem Zinssatz von 6 pro Hundert erborgen können.

Das Attentat auf Scheidemann!

Berlin, 7. Juni. Der Anschlag auf Scheidemann wird von den Blättern scharf pertrulliert und als dumme, tolle Fabel bezeichnet. Dem „Kölnischer“ zufolge haben die bisherigen Nachforschungen der Kriminalpolizei noch nicht ergeben, was darauf hindeutet, daß das Attentat von rechtsradikaler Seite verübt worden sei. Nach Ansicht der Kriminalpolizei könne es sich ebenfalls um die Tat eines Mannes handeln, der aus irgendwelchen Gründen Scheidemann persönlich nicht wohl will. Das „S. T.“ glaubt allerdings an einer starken rechtsradikalen Bewegung in Rossel werden zu können. So seien innerhalb zweier Tage zweimal schwarzrot-goldene Fahnen gestohlen worden, das erste Mal von der Kunstausstellung, das zweite Mal in der Nacht zum Pfingstsonntag vor der Stadthalle, wo die Fahne ursprünglich der demokratischen Reichsjugendtagung gehörte war.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Nimmt man an, daß es sich wirklich um Bausäure gehandelt hat, dann muß jeder einigermassen Bewanderte, daß Scheidemann kaum etwas anderes hätte zustehen können, als eine kleine persönliche Unbequemlichkeit, denn Bausäure, in der freien Luft verpflücht, stellt wirklich keine Wundwaffe dar. Aber es ist nicht nur die Unmöglichkeit der Mittel, die hier den Gedanken an ein politisches Attentat als töricht erweisen läßt, es ist auch die Unmöglichkeit des Objectes. Scheidemann ist politisch auf das Äußerste gefestigt worden. Er wird für alle sehenswerte Zeit kaum wieder in den politischen Vordergrund gelangen.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Es ist bemerkenswert, daß man des Attentäters bisher nicht habhaft werden konnte. Wenn dieser immerwährende Jüngling bisher noch kein Menschenleben auf dem Gewissen hat, so sieht der Schaden, den er anrichtet, doch groß genug. Er hat Scheidemann zu einer Märtyrerkrone verholfen und den Mann, der politisch abgewirtschaftet hatte, wieder in das Licht der Öffentlichkeit gezogen.

Das Volksbegehren.

In der Zeit vom 6. bis 19. Juni hat das sächsische Volk darüber zu bestimmen, ob es durch Volksentscheid den Landtag aufgelöst haben will. Es ist das Volksbegehren auf Volksentscheid zu stellen, für welchen mindestens 250 000, also rund 300 000 gültige Stimmen abgegeben sind. Diese 300 000 Stimmen dürften mit Beizichtigkeit zusammengebracht werden. Dies darf aber niemand abwarten, sein Votum abzugeben, denn es ist ein ernstes Gebot der Stunde, daß jeder Wähler und jede Wählerin sich rechtzeitig in die Listen für das Volksbegehren einträgt.

„Volksbegehren“ und „Volksentscheid“ haben — von verwandten Vorbildern alter Zeit abgesehen — ihren Ursprung in der Schweiz, in der Landgemeinde-Demokratie der Schweizer Eidgenossenschaft, und zwar war es die französische Juli-Revolution von 1830, welche in der Schweiz eine Bewegung dahingehend hervorrief, daß der Schwanz der Volkssouveränität nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch praktisch durchgeführt werden müsse. So entstand aus dem bloßen Petitionsrecht das Initiativ.

In die sächsische Verfassung ist das Volksbegehren mit demselben Zweck aufgenommen worden: 1. um die